



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 01. August 2017

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- In Venezuela fanden am vergangenen Sonntag die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung statt. Damit hat Nicolas Maduro, der sozialistische Präsident des Landes, ein Parallelparlament zur eigentlichen Nationalversammlung geschaffen. Dort wurde in 2015 eine bürgerlich-konservative Mehrheit ins Amt gewählt. Die neue, von Maduros Partei dominierte, verfassungsgebende Versammlung kann nun das politische System Venezuelas komplett neu ordnen. Seit mehreren Wochen dauern die Proteste gegen die Regierung an, mehr als 100 Menschen sind in deren Zuge gestorben. Die US-Regierung hat zunächst Sanktionen gegen Maduro als Person verhängt. Zehntausende begeben sich derweil auf die Flucht. Vor allem das benachbarte Kolumbien ist Aufnahmeland. Die dortige Regierung gewährte 200.000 Menschen einen Sonderaufenthaltsstatus. Kolumbien selber hat soeben den Friedensprozess zwischen Staat und der Guerilla Farc abgeschlossen. Während die rechtskonservative, kolumbianische Opposition eine Intervention fordert sympathisiert die Farc mit Maduro.  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/venezuela-es-droht-die-maduro-diktatur/20130574.html>  
(31.07.17)
- Der Europäische Gerichtshof (EuGH) urteilte vergangene Woche zunächst, dass die Entscheidung der Bundesregierung, die Zuständigkeit für die Asylverfahren der sich in Ungarn befindlichen Schutzsuchenden im Sommer 2015 rechters war. Die Eintrittsklausel mache dies möglich. Gleichzeitig aber stärkten die EU-Richter\*innen die Dublin-III-Verordnung. Ist ein Land für eine\*n Schutzsuchenden zuständig, muss er\*sie auch in dem Land verbleiben solange die Zuständigkeit anhält beziehungsweise sofern nicht ein anderer Mitgliedsstaat wieder vom Selbsteintrittsrecht Gebrauch macht. In einem weiteren Urteil machte der EuGH klar, dass auch eine formlose Asylantragstellung zunächst gültig sei und Fristen sich ab dem Zeitpunkt dieser Antragstellung berechnen ließen. Weiterhin wird im September ein Urteil über die Klage Ungarns und der Slowakei gegen den EU-Verteilungsmechanismus erwartet.  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-europaeischer-gerichtshof-staerkt-dublin-verordnung-zum-asylrecht-a-1159810.html> (26.07.17)  
<https://www.tagesschau.de/ausland/asyl-eugh-dublin-101.html> (26.07.17)

- Mehrere Nichtregierungsorganisationen, die mit ihren Schiffen auf dem Mittelmeer Fliehende retten, lehnen eine Unterzeichnung des von der italienischen Regierung vorgestellten Verhaltenskodex ab. Vor allem die Präsenz von Polizeibeamt\*innen an Bord sei unvereinbar mit der Arbeit der NGOs. Die Übergabe von Fliehenden auf hoher See an andere Schiffe würde zudem die Arbeit erschweren. Sie müssten den ganzen Weg von der libyschen Küste bis zu den italienischen Häfen im Norden zurücklegen. Bereits jetzt würden die Nichtregierungsorganisationen in voller Übereinstimmung mit dem Gesetz arbeiten, so der Generaldirektor von Ärzte ohne Grenzen in Italien.  
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-07/mittelmeer-hilfsorganisationen-verhaltenskodex-seenotretter-mittelmeer-italien-lybien> (31.07.17)
- Die EU-Mitgliedsstaaten haben die beschränkte Operation „Sophia“ zur Rettung Fliehender auf dem Mittelmeer verlängert. Bis zuletzt war unklar gewesen, ob sich die Staaten ab dem heutigen Tag weiter an der Rettung beteiligen.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/fluechtlinge-mittelmeer-marinemission-sophia-libyen> (25.07.17)
- Die Crew der C-Star, das Schiff der rechtsradikalen „Identitären“ wurde in der Republik Nordzypern in Haft genommen. Laut taz lag es an dem Vorwurf der Schlepperei, laut einer nordzyprischen Zeitung an Dokumentenfälschung. An Bord des Schiffes befanden sich 20 Schutzsuchende ohne Einreiseerlaubnis für zyprische Gewässer. 15 von ihnen wurden wieder abgeschoben, fünf weitere beantragten Asyl. Einen Tag später wurden die Nazis wieder entlassen.  
<http://www.taz.de/Anti-Fluechtlings-Mission-der-Identitaeren/!5437440;m/> (26.07.17)  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/aktion-gegen-fluechtlinge-geht-weiter-schiff-der-identitaeren-fahrt-wieder-im-mittelmeer/20116654.html> (28.07.17)
- Eine von UNICEF in Auftrag gegebene Studie zur Flucht unbegleiteter Minderjähriger aus den Staaten Afrikas kommt zu dem Schluss, dass die Menschen wegen der Situation in den Herkunftsländern fliehen – nicht etwa weil sie unbedingt nach Europa wollen. Viele der Befragten hätten angegeben, dass sie nie die Fahrt über das Mittelmeer eingeplant hatten, dass sie lediglich in den jeweiligen Nachbarländern hätten Schutz suchen wollen. Viele hätten sich erst in Libyen dazu entschlossen. 47% der in Italien angekommen und befragten Jugendlichen gaben an, sie seien dort festgehalten worden. 75% hätten sich zudem allein, ohne Absprache mit den Eltern, zur Flucht entschieden. Als Fluchtgründe angegeben wurden die politische Lage, die fehlenden Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten, familiäre Probleme und häusliche Gewalt.  
<https://www.welt.de/politik/ausland/article167015565/Europa-war-nie-das-Ziel-vieler-afrikanischer-Jugendlicher.html> (25.07.17)
- Der französische Präsident Emmanuel Macron irritiert mit der Forderung nach „Hot Spots“ in Libyen. Das unmenschliche Konzept wurde bisher nur auf EU-Territorium angewandt, die Kommission hat erhebliche Bedenken, es nach Libyen zu exportieren. Macron dürfte sich damit aber den Reihen derjenigen angeschlossen haben, die Lager für eine Klasse Idee halten.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/hotspots-in-libyen-ueberraschung-aus-paris-1.3606017> (27.07.17)
- Human Rights Watch berichtet vom Einsatz von Pfefferspray gegen Schutzsuchende durch französische Polizeibeamt\*innen in Calais.  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-calais-polizei-soll-routinemaessig-pfefferspray-einsetzen-a-1159782.html> (26.07.17)
- Aus den USA flohen 4.300 Menschen Richtung Kanada bis Ende Juni diesen Jahres. Sie befürchten, in den Vereinigten Staaten unter Donald Trump abgeschoben und/ oder zum Ziel von Islamophobie zu werden. Die Reportage der *Zeit* gibt die in Kanada stattfindende,

öffentliche Debatte darüber wieder und zeigt, wie auch dort mit übertriebenen Bildern Angst produziert wird. Ein Schatten fällt auf das liberale Image Kanadas wenn berichtet wird, dass abgelehnte Asylsuchende ausnahmslos verhaftet und abgeschoben werden. Für einen Menschen aus Westafrika, der seine Staatsbürgerschaft nicht nachweisen kann, bedeutet dies bereits vier Jahre Abschiebehaft. Insgesamt saßen im vergangenen Jahr 6.596 abgelehnte Schutzsuchende in Haft, darunter 201 Kinder.

Mit Grafik einer Fluchtroute vom Senegal nach Kanada: <http://www.zeit.de/2017/31/fluechtlinge-kanada-asylpolitik-usa-einreiseverbot> (26.07.17)

### *Bund, Land, Kommune*

- Ein Funktionär der AfD arbeitete als Chauffeur des Landrats von Mühldorf in Bayern. Wegen seiner Parteimitgliedschaft versetzte ihn der Landrat, der ehemalige Chauffeur klagte dagegen und wurde vom Arbeitsgericht in die Ausländerbehörde versetzt. Der Bayerische Flüchtlingsrat übte scharfe Kritik. Menschen aus dieser Partei hätten in Ausländerbehörden nichts zu suchen.  
<http://www.br.de/nachrichten/oberbayern/inhalt/afd-csu-asyl-landrat-100.html> (26.07.17)
- Die Zentrale Ausländerbehörde in Sachsen hatte lange Zeit ein Problem damit, die Pässe von Schutzsuchenden derart aufzubewahren, dass sie auch wiedergefunden werden können. Die *Freie Presse* wurde darauf aufmerksam und berichtet über drei Menschen, die nach ihrer Anerkennung als Flüchtling über ein Jahr auf ihre Pässe warten mussten. Eine der Folgen: ein sich verzögernder Familiennachzug.  
<https://www.freiepresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Drei-Maenner-und-das-lange-Warten-artikel9961433.php> (27.07.17)
- In Bautzen kam es vergangene Woche erneut zu Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Schutzsuchenden. Der *MDR* berichtet, dass die Nazis nach anfänglichen, teils tödlich geführten Streitigkeiten, Verstärkung mobilisierten.  
<http://www.mdr.de/sachsen/bautzen/auseinandersetzungen-kornmarkt-bautzen-100.html> (28.07.17)

## **Hintergrund und Meinung**

- Heribert Prantl kommentiert in der *SZ* das Urteil des Europäischen Gerichtshof als Flucht vor der Wirklichkeit, es werde den realen Anforderungen der Fluchtpolitik nicht gerecht. Die Richter\*innen hätten den Anfang vom Ende der Dublin-Verordnungen einleiten können stattdessen setzen sie darauf, dass die zentral gelegenen EU-Mitgliedsstaaten freiwillig Solidarität mit den Ländern an den EU-Außengrenzen übten. Der Gerichtshof ignorierte wider besseren Wissens, dass in Staaten wie Griechenland, Bulgarien oder Ungarn aus Überforderung oder Unwillen heraus kein Asylschutz existiere. Eine Chance sei versäumt worden.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-das-eu-asylrecht-bleibt-ein-system-der-unverantwortlichkeit-1.3604256> (26.07.17)
- In Afghanistan sendet nun Zan TV, ein von Frauen betriebener Sender. Aufmerksamkeit erregt dies, da arbeitende Frauen in einigen Teilen der Gesellschaft nicht selbstverständlich sind. Die Journalistinnen thematisieren auch manchen Menschen unbequeme Themen wie häusliche Gewalt oder die Verurteilung von Vergewaltigungsopfern und nicht der Täter. Das Feedback ist weitgehend positiv, dennoch müssen die Frauen auch Drohungen registrieren.  
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-07/afghanistan-kabul-frauensender-zan-tv-frauenrechte> (30.07.17)
- Die Ankündigung Martin Schulz', dass ab nun das Thema Flucht und Asyl wieder verstärkt im Wahlkampf präsent sein wird, kommentieren Anna Lehmann und Johanna Roth in der *taz*. Lehmann plädiert dafür, auf simple Schulz-Kritik zu verzichten und ihm stattdessen die

richtigen Fragen zustellen, nämlich die nach einer menschenwürdigen, europäischen Migrations- und Asylpolitik sowie nach der Solidarität mit Griechenland und Italien. Roth entgegnet, Schulz ginge es nicht um Humanität, sondern allein ums Abarbeiten an Angela Merkel. Das zeige seine Kritik an der angeblichen „Grenzöffnung“ Merkels im Sommer 2015. Erfolgreich werde er zudem mit dieser Strategie nicht sein. Bereits Seehofer sei mit seiner Kritik an Merkel abgeprallt.

<http://www.taz.de/!5429041/> (25.07.17)

- Im *Deutschlandfunk* werden zwei verschiedene, wissenschaftliche Perspektiven auf den Begriff Faschismus wiedergegeben. Zunächst besteht Einigkeit darin, dass der Faschismus Mussolinis und Hitlers eine mythische Einheit von Volk und Führer beschwört und die Gemeinschaft überhöht und damit gleichzeitig ausschließt. Unterschieden wird der italienische Faschismus vom deutschen Nationalsozialismus insofern, als dass ersterer die ihn stützenden „Flankenkräfte“ nicht beseitigt habe. Mussolini habe die Eliten in Bürokratie, Wirtschaft und Militär nicht in dem Maße beseitigt und ersetzt wie das Hitler getan habe. Getrennte Wege gehen die Sichtweisen in der Anwendung des Begriffs auf die heutige Zeit. Die einen wollen Faschismus lediglich auf die Regime Mussolinis und Hitlers angewendet wissen um sie nicht zu verharmlosen. Die anderen sehen durchaus Parallelen wie Rassismus, Antisemitismus, Anti-Individualismus und Anti-Liberalismus bei heutigen politischen Strömungen, die deshalb durchaus als faschistisch bezeichnet werden sollten. Einig sind die Wissenschaftler\*innen sich über den Begriff „Linksfaschismus“. Dieser sei nicht brauchbar da das rassistische Element Wesensmerkmal des Faschismus sei. Faschismus komme zudem komplett ohne Theorie aus. Faschismus sei Praxis und diese Praxis heiße Gewalt.

[http://www.deutschlandfunkkultur.de/debatte-der-umstrittene-begriff-faschismus.976.de.html?dram:article\\_id=392044](http://www.deutschlandfunkkultur.de/debatte-der-umstrittene-begriff-faschismus.976.de.html?dram:article_id=392044) (26.07.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe